

Ä1

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: DV Regensburg (dort beschlossen am: 27.04.2025)

Titel: Ä1 zu A3: Änderung der BDKJ-Bundesordnung
02

Antragstext

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

2. Stimmberechtigte Mitglieder des Diözesanvorstandes sind mindestens zwei Personen, von denen eine Person männlich oder diversen Geschlechts und eine Person weiblich oder diversen Geschlechts ist.

Begründung

Geschlechtergerechtigkeit ist im BDKJ ein wichtiges Thema. Deshalb finden wir es schlecht von einer Geschlechterregelung in den Vorstandsmodellen ab zu sehen.

Ä1

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ DV Regensburg (dort beschlossen am: 10.05.2025)

Titel: **Ä1 zu A14: Echte Geschlechtergerechtigkeit
herstellen**

Titel

Ändern in:

Überarbeitung des Modells für die Besetzung von Stellen in den Ordnungen des BDKJ

Ä1

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: KLJB (dort beschlossen am: 09.05.2025)

Titel: Ä1 zu DA2: Dringlichkeitsantrag:
Verfassungsfeindlichkeit konsequent begegnen
– Einheitliches Vorgehen gegen AfD-Mitglieder
in den Strukturen des BDKJ

Antragstext

Von Zeile 2 bis 5:

freiheitlich-demokratische Grundordnung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt ~~einen Wendepunkt~~ eine Verschärfung im Umgang mit dieser Partei dar. Als Bund deutscher katholischer ~~Jugendverband~~ Jugend, der sich auf Grundlage des christlichen Menschenbildes für eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft

Von Zeile 20 bis 24:

1. ~~Einheitliches~~ Vorgehen gegen AfD-Mitgliedschaft und -Nähe:

~~Der BDKJ entwickelt gemeinsam mit seinen Jugend- und Diözesanverbänden ein bundeseinheitliches~~ Die Jugendverbände verpflichten sich Verfahren für den Umgang mit ~~Personen~~ Mitgliedern, die ~~Mitglied~~ Teil der AfD oder ihrer Jugendorganisation sind oder sich in Wort und Tat offen mit deren Programmatik identifizieren, zu entwickeln. Dies kann

1. rechtssichere Ausschluss- und Schutzverfahren, begleitende Bildungs- und Aufklärungsangebote,
1. Unterstützungsstrukturen für betroffene Gruppen oder Einzelpersonen, beinhalten.

Von Zeile 32 bis 34:

3. Zentrale Anlauf- und Meldestelle beim BDKJ-Bundesverband:

Der BDKJ richtet eine ~~zentrale~~ Zuständigkeit als Anlauf- und Meldestelle ein, an die sich Gliederungen, ehrenamtlich Engagierte und hauptberuflich Tätige

Von Zeile 38 bis 40 löschen:

- ~~menschenfeindliche oder demokratiefeindliche Aussagen oder Vorfälle beobachtet wurden,~~
- ~~Unterstützungsbedarf im Umgang mit rechtsextremen Haltungen besteht.~~

Von Zeile 43 bis 52:

~~4. Erarbeitung verbindlicher Handlungsleitlinien:~~

~~Unter Federführung des BDKJ-Bundesvorstands werden bis Ende 2025 verbindliche Handlungsleitlinien entwickelt, die u. a. beinhalten:~~

- ~~rechtssichere Ausschluss- und Schutzverfahren,~~
- ~~begleitende Bildungs- und Aufklärungsangebote,~~
- ~~Unterstützungsstrukturen für betroffene Gruppen oder Einzelpersonen.~~

~~5. Verbindliche Umsetzung und Evaluation:~~

~~Die Handlungsleitlinien werden für die Jugendverbände des BDKJ zur~~

~~verbindlichen Umsetzung empfohlen und jährlich auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.~~

4. Der BDKJ-Bundesverband schafft Austauschräume für die Jugend-Diözesanverbände um über Erfahrungen, Umsetzungsmöglichkeiten und Wirksamkeit von Verfahren in Kontakt und Dialog zu bleiben.

Ä2

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: J-GCL (dort beschlossen am: 09.05.2025)

Titel: **Ä2 zu DA2: Dringlichkeitsantrag:
Verfassungsfeindlichkeit konsequent begegnen
– Einheitliches Vorgehen gegen AfD-Mitglieder
in den Strukturen des BDKJ**

Antragstext

Von Zeile 28 bis 30 einfügen:

2. mit dem Beschluss „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus“ bereits beschlossen. Diese Haltung soll in den Satzungen und Aufnahmekriterien der Jugendverbände

Ä3

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: KjG (dort beschlossen am: 09.05.2025)

Titel: Ä3 zu DA2: Dringlichkeitsantrag:
Verfassungsfeindlichkeit konsequent begegnen
– Einheitliches Vorgehen gegen AfD-Mitglieder
in den Strukturen des BDKJ

Antragstext

Von Zeile 32 bis 34:

3. Zentrale Anlauf- und Meldestelle beim BDKJ-Bundesverband:
~~Der BDKJ richtet eine zentrale Anlauf- und Meldestelle ein~~Hilfestellung durch
den BDKJ-Bundesverband:
Der BDKJ stellt Informationen zur Verfügung, vorrangig zu Anlauf- und
Meldestellen, an die sich Gliederungen, ehrenamtlich Engagierte und
hauptberuflich Tätige

Von Zeile 41 bis 42 löschen:

~~Die Stelle bietet erste Beratung, dokumentiert Vorfälle und vermittelt bei Bedarf an
Fachstellen oder berät zur weiteren Vorgehensweise im Verband.~~

Begründung

wir sehen nicht, dass der BDKJ die entsprechenden Ressourcen hat, das professionel & gut zu begleiten. Außerdem gibt es entsprechende Stellen, die extra für Einzelfallberatungen da sind. Als KJG Bundesebene hatten wir ein ähnliches Anliegen unser Diözesanverbände, was wir mit dieser Unterseite auf der Homepage gut lösen konnten:

<https://kjg.de/themen/schwerpunktthemen/antifaschismus/hilfe-im-umgang-mit-extrem-rechten-akteurinnen/>

Ä4

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ DV Passau und Regensburg (dort beschlossen am: 10.05.2025)

Titel: Ä4 zu DA2: Dringlichkeitsantrag:
Verfassungsfeindlichkeit konsequent begegnen
– Einheitliches Vorgehen gegen AfD-Mitglieder
in den Strukturen des BDKJ

Antragstext

Von Zeile 0 bis 1 einfügen:

Die Mitgliedschaft in der AfD oder die aktive Unterstützung ihrer Ideologie wird als unvereinbar mit den Grundwerten des BDKJ bewertet, wie mit dem Beschluss „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus“.

Von Zeile 14 bis 17 löschen:

AfD und gegen Rechtsextremismus eine konkrete, verbindliche Umsetzung. Ziel ist es, alle Gliederungen des BDKJ in die Lage zu versetzen, angemessen, ~~rechtssicher~~ und klar mit AfD-Mitgliedschaften oder -Nähe umzugehen, Unsicherheiten zu begegnen und unsere Strukturen zu schützen. Dabei geht es

Von Zeile 20 bis 56:

~~1. Einheitliches Vorgehen gegen AfD-Mitgliedschaft und -Nähe:~~

~~Der BDKJ entwickelt gemeinsam mit seinen Jugend- und Diözesanverbänden ein bundeseinheitliches Verfahren für den Umgang mit Personen, die Mitglied der AfD oder ihrer Jugendorganisation sind oder sich in Wort und Tat offen mit deren Programmatik identifizieren.~~

- Die Jugendverbände verpflichten sich, flächendeckende Verfahren für den Umgang mit Mitgliedern, die Teil einer rechtsextremen Organisation oder Partei, wie der AfD oder der Jungen Alternativen sind oder sich in Wort und Tat offen mit deren Programmatik identifizieren, aufrecht zu erhalten oder zu entwickeln. Der BDKJ-Bundesverband schafft Austauschräume für die Jugend- und Diözesanverbände, um über Erfahrungen, Umsetzungsmöglichkeiten und Wirksamkeit von Verfahren in Kontakt und Dialog zu bleiben.

~~2. Unvereinbarkeit mit BDKJ-Werten:~~

~~Die Mitgliedschaft in der AfD oder die aktive Unterstützung ihrer Ideologie wird als unvereinbar mit den Grundwerten des BDKJ bewertet, wie mit dem Beschluss „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie! Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte und rechten Populismus“. Diese Haltung soll in den Satzungen und Aufnahmekriterien der Jugendverbände berücksichtigt werden.~~

- Der Satzungsausschuss wird beauftragt, ein Verfahren zu entwickeln, um einen Ausschluss von Mandatsträger*innen in BDKJ-Strukturen mit rechtsextremer Gesinnung zu ermöglichen. Dieses soll der BDKJ-Hauptversammlung bis Mai 2026 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

~~3. Zentrale Anlauf- und Meldestelle beim BDKJ-Bundesverband:~~

~~Der BDKJ richtet eine zentrale Anlauf- und Meldestelle ein, an die sich Gliederungen, ehrenamtlich Engagierte und hauptberuflich Tätige vertraulich wenden können, wenn:~~

- konkrete Hinweise auf AfD-Mitgliedschaften oder AfD-nahe Positionierungen vorliegen,

- ~~menschenfeindliche oder demokratiefeindliche Aussagen oder Vorfälle beobachtet wurden,~~
- ~~Unterstützungsbedarf im Umgang mit rechtsextremen Haltungen besteht.~~
- Der BDKJ-Bundesvorstand wird beauftragt, an der BDKJ-Bundesstelle eine Möglichkeit zur Dokumentation von oben genannten Fällen und eine Beratungsmöglichkeit für die BDKJ-Strukturen zu schaffen Ziel ist es, einen Überblick über rechtsextreme Vorfälle in den BDKJ-Strukturen zu erhalten und eine im Rahmen der Möglichkeiten befindliche Unterstützung der BDKJ-Strukturen zu schaffen.

~~Die Stelle bietet erste Beratung, dokumentiert Vorfälle und vermittelt bei Bedarf an Fachstellen oder berät zur weiteren Vorgehensweise im Verband.~~

4. ~~Erarbeitung verbindlicher Handlungsleitlinien:~~

~~Unter Federführung des BDKJ-Bundesvorstands werden bis Ende 2025 verbindliche Handlungsleitlinien entwickelt, die u. a. beinhalten:~~

- ~~rechtssichere Ausschluss- und Schutzverfahren,~~
- ~~begleitende Bildungs- und Aufklärungsangebote,~~
- ~~Unterstützungsstrukturen für betroffene Gruppen oder Einzelpersonen.~~
- Der BDKJ-Bundesverband stellt Informationen zusammen, die mindestens folgende Inhalte umfassen:
 - Informationen zu Anlauf- und Meldestellen, an die sich Gliederungen, ehrenamtlich Engagierte und hauptberuflich Tätige vertraulich wenden können, wenn konkrete Hinweise auf AfD-Mitgliedschaften
 - Die AfD und die Politik ihres politischen Betreuers in den Jugendverbänden. Beendigung von Arbeitsverhältnissen, die nicht im Einklang mit den Grundwerten des BDKJ, insbesondere unserer Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Gedankengut, stehen. Dabei soll auch das kirchliche Arbeitsrecht Beachtung finden.

5. ~~Verbindliche Umsetzung und Evaluation:~~

~~Die Handlungsleitlinien werden für die Jugendverbände des BDKJ zur verbindlichen Umsetzung empfohlen und jährlich auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.~~

6. ~~Stärkung der politischen Bildungsarbeit:~~

~~Der BDKJ intensiviert seine Angebote zur politischen Bildung,~~

~~Demokratieförderung und Prävention gegen Rechtsextremismus – insbesondere auf Orts- und Diözesanebene.~~

- Der BDKJ intensiviert seine Angebote zur politischen Bildung, Demokratieförderung und Prävention gegen Rechtsextremismus – insbesondere auf Orts- und Diözesanebene.